

Wie unsere Schulen Wirtschaft lehren

Von Raffgier und Ausbeutung

Von Stefan Theil

Es ist eine Binsenweisheit: Den Deutschen wird's mulmig bei Markt und Kapitalismus. Die Hälfte der Bürger bekennt sich laut Allensbach-Umfrage zu sozialistischen Idealen. Der Begriff Marktwirtschaft geht den wenigsten ohne das Schutzwort „sozial“ über die Lippen. Seit Jahrzehnten scheitern noch so kleine Reformen, bei denen der Verdacht besteht, sie könnten Menschen von Politik und Sozialstaat abnabeln und den kalten Kräften von Markt und Selbstverantwortung aussetzen. Um das alles zu ergründen, können wir Bismarck und Weimar bemühen, über die frappierende Überlappung von linkem Klassendünkel und rechter Gemeinschaftsgesinnung sprechen oder über den Machterhalt der politischen Klasse durch die Sozialstaatsabhängigkeit der Bürger.

Oder aber wir fragen, wie diese tradierten Einstellungen zu Markt und Staat ganz konkret von Generation zu Generation weitergegeben werden, zum Beispiel in der Schule. Dort lehrt eine Gesellschaft ihre Kinder nicht nur Lesen und Schreiben, sondern transportiert auch Identität, Geschichtsbild und Werte. Es ist gut, dass deutsche Kinder heute nicht mehr dasselbe über Menschen anderer Länder, Hautfarben oder Religionen lernen wie noch vor 70 Jahren. Was in deutschen Schulbüchern über den Nationalsozialismus oder die DDR-Diktatur steht, ist zu Recht von großem Interesse. Seltsamerweise steht die Frage, wie ökonomische Zusammenhänge gelehrt werden, kaum im Mittelpunkt von Debatte und Forschung, obwohl wirtschaftliche Ideologie nicht minder prägend ist für persönliche Entscheidungen und politische Präferenzen, am Ende sogar für Wirtschaftsleistung, Wahlausgänge und konkrete Politik.

Wie kommt Wirtschaft in der Schule vor? Mit einem Stipendium des German Marshall Funds in Washington habe ich Lehrpläne und annähernd zwanzig Schulbücher untersucht und verglichen, was Schüler in Deutschland, Frankreich und in den Vereinigten Staaten über Markt, Kapitalismus, Unternehmertum und Globalisierung lernen. Die Resultate sind illustrativ; eine repräsentative Studie ist angesichts der Unzahl an Lehrwerken beinahe unmöglich.

Besser, wenn das Land stagniert

Französischen Kindern wird beigebracht, warum es besser ist, wenn ihr Land stagniert. Wirtschaftliches Wachstum „erzwingt einen hektischen Lebensstil, der zu Überarbeitung, Stress, nervösen Depressionen, Herz-Kreislauf-Krankheiten und, so sagt man, sogar Krebs führt“, schreibt Histoire du XXe siècle, ein Geschichtstext, der als Bibel bei den Examensvorbereitungen zu französischen Universitäten wie der Science Po gilt. Kapitalismus erscheint mit den Adjektiven „brutal“, „wild“ und „amerikanisch“. Ronald Reagan und Margaret Thatcher erscheinen als gefährliche Extremisten, die ihre Länder durch marktradikale Reformen in den Ruin gestürzt haben. Die Welt befinde sich zu Beginn des 21. Jahrhunderts in einer „profunden Malaise“, der nur mit einer „neuartigen weltweiten Regulierung“ begegnet werden könne. Gelehrt wird ein auch hierzulande bekannter soziopolitischer Diskurs über Wirtschaft, der mit konkreter wirtschaftlicher Realität recht wenig zu tun hat.

Andere französische Texte sind nicht so platt politisiert. Doch schon die Vorgabe der Themen durch die Lehrpläne zeigt ein eindeutiges Vorurteil. Der einjährige Lycée-Kurs Sciences économiques et sociales, der als Einführung ins Ökonomische gilt, widmet zwei Drittel der Themen den Auswirkungen wirtschaftlichen Handelns. In abstraktem Soziologenzösisch werden dort Themen abgearbeitet wie zum Beispiel „Ungleichheiten und soziale Kluften“, „Armut und Ausgrenzung“ oder „soziale Konflikte und Mobilisierung“. Selbst das erste Drittel des Kurses, in dem es um die ökonomischen Grundlagen gehen soll, beschäftigt sich in weiten Teilen mit Gewerkschaften, staatlicher Wirtschaftslenkung und den Grenzen sowie Gefahren des Wachstums.



„Draufgängerische Unternehmen“ mit „undefinierten Perspektiven“

Beim Thema Technik und Innovation kommen nicht etwa erfolgreiche Unternehmer vor. Stattdessen erscheinen lange Abhandlungen über die Frage, ob technischer Fortschritt Jobs zerstört. Globalisierung erscheint allen Tatsachen zum Trotz als gefährlicher Auswuchs eines entfesselten Kapitalismus. Schüler werden vor „la mcdonaldisation du monde“ gewarnt und lernen „Alternativen“ zur Globalisierung wie zum Beispiel die Tobin-Steuer auf den Kapitalverkehr. Dieser Diskurs beschränkt sich also mitnichten auf Alt-68er-Reservate wie „Le Monde Diplomatique“, sondern ist verbindlicher Teil des staatlichen Lehrplans.

Man kann sich den Kulturschock ausmalen, den junge Franzosen erleben, wenn sie mit dieser Vorbereitung ihren Arbeitsplatz in einem Unternehmen antreten. Denn reale Unternehmer oder Gründer kommen in der Schule so gut wie gar nicht vor, sondern werden abstrakt und oft negativ beschrieben. Start-ups, so Histoire du XXe siècle, sind „draufgängerische Unternehmen“ mit „undefinierten Perspektiven“, die eine „dementsprechende Finanzierung benötigen“. Dieser abwertenden Definition folgt ein reißerischer Text über Internet-Spekulationsblase, Börsenkollaps, Übernahmeschlachten sowie Massenentlassungen bei Unternehmen wie IBM. Man denke an Joseph Schumpeters Beschreibung des Kapitalismus als „kreative Zerstörung“ - allerdings mit der klaren Betonung auf „Zerstörung“.

Antikapitalistische Ressentiments

Für Deutschland ist die Auswertung bei 16 Bundesländern und mindestens 4 Schultypen schwieriger. In den untersuchten Lehrplänen der Sekundarstufe 1 tauchen wirtschaftliche Zusammenhänge nur in Sozialkunde oder Politik auf und werden mit diesem fremden Blick gelehrt. In den Lehrplänen erscheinen als zentrale wirtschaftsrelevante Themen: die Unterschiede zwischen sozialer Marktwirtschaft und freier Marktwirtschaft; das in deutschen Texten und Lehrplänen sehr stark gewichtete Thema Arbeitskampf und Tarifkonflikt; sowie staatliche Regulierung der Wirtschaft.

Bei solchen Vorgaben bedarf es schon eines ausgesprochen ambitionierten Lehrers oder Lehrbuchautors, um Interesse am faszinierenden Zusammenspiel von Nachfrage und Angebot - schließlich die Basis unserer Wirtschaftsordnung - zu wecken.

Die ganze Bandbreite des antikapitalistischen Ressentiments taucht in den untersuchten Schulbüchern auf. Freie Marktwirtschaft, so das Lehrbuch „Team“ aus dem Schöningh-Verlag, geht nur einher mit einem „Nachtwächterstaat“. Immer noch populär ist die Karikatur des kapitalistischen Plutokraten im Nadelstreifenanzug. In einer Grafik zur Einkommensverteilung in einem weiteren Schöningh-Arbeitsbuch erscheint der fette Reiche mit Blume im Mund gegenüber einem schwitzenden Arbeiter. Getreu nach Marx arbeiten Unternehmer und Reiche also nicht, sondern besitzen nur. In FAKT, einem in Brandenburg (und in abgeänderter Fassung auch in anderen Bundesländern) eingesetzten Text aus dem Cornelsen-Verlag, freut sich der Cartoon-Kapitalist, dass die EU-Beitrittsländer ihm helfen, deutsche Sozialstandards abzuschaffen. Das ist nicht Polenhetze im Boulevardblatt, sondern deutsches Schulbuch.

Aus der Sicht des zukünftigen Festangestellten

Da verwundert es kaum, dass eine Untersuchung der Arbeitgeber-Initiative Junior Projekt in Köln im Jahre 2003 herausfand, dass Unternehmer in nordrhein-westfälischen Schulbüchern im Kontext von Kinderarbeit, Müllbergen, Internetsucht, Alkoholismus, ungerechten Löhnen und Arbeitslosigkeit erscheinen.

Wie die meisten Bücher ist FAKT aus der Sicht des zukünftigen Festangestellten mit Betriebsratsvertretung geschrieben oder des zukünftigen Klienten des Sozialstaats. Im Kapitel „Was tun gegen Arbeitslosigkeit“ beschreibt FAKT nicht etwa, wie Unternehmen Arbeitsplätze schaffen, sondern nennt Selbsthilfegruppen, Montagsdemonstrationen sowie staatliche Programme. Dann wird gelehrt, dass Arbeitgeber mit der Drohung von Werksschließung die Löhne drücken. Es folgt ein Auszug aus dem Programm des DGB, Wort für Wort, mit der gesamten gescheiterten Voodoo-Ökonomie von 30-Stunden-Woche, Rente mit 60 und Aufteilung von Vollzeit- in Teilzeitjobs, damit jeder ein Stück vom fixen Kuchen abbekommt. Eine Alternative aus der realen Welt beschreibt FAKT nicht. Als Gründe für die Arbeitslosigkeit nennt FAKT Computer und Roboter, ein beliebter Topos in den deutschen Büchern. In einem anderen Text zerstören PC und Internet die Kommunikation und machen Angestellte zum „anonymen Code“.

Unternehmen bleiben eine „Black Box“

Wenn die deutschen Lehrpläne und Schulbücher eines auszeichnet, dann die extreme Gewichtung von Gruppeninteressen, sozialen Klassen und Arbeitskonflikt. Wirtschaftliches Handeln wird eingeordnet in das traditionelle sozialdemokratische Universum von Arbeitgeber und Arbeitnehmer, die in einem institutionalisierten Geflecht von Tarifverhandlung und Arbeitsrecht zueinanderstehen. Auch wenn einige Bücher Arbeitgeber und Arbeitnehmer ganz paritätisch und neutral mit ihren jeweiligen Interessenvertretungen darstellen - die Konzentration oder gar Reduktion auf Arbeitnehmer- und Arbeitgeberinteressen und deren Institutionalisierung ist kaum geeignet, wirtschaftliche Zusammenhänge und Anreize zu erklären. Anstatt mehr Verständnis dafür zu lernen, was den Bäcker dazu bewegt, mir morgens meine Brötchen zu backen, und wie zum Beispiel Steuern und Abgaben seine und meine Anreize ändern, werden Schüler durch die Konzentration auf Arbeitgeber-Arbeitnehmer-Kategorien und den Sozialstaat früh im verteilungspolitischen Betrachten wirtschaftlichen Handelns sozialisiert.

In den meisten der untersuchten deutschen Schulbüchern bleiben die Unternehmen eine „Black Box“, in der irgendwie Geschäfte gemacht werden. Die Einzelheiten bleiben meist unklar; wichtige Rollen scheinen Werbung und „die Konsumgesellschaft“ zu spielen. Die Unternehmen sind im „Wirtschaftskreislauf“ eingebettet, einem keynesianischen Gebilde aus Röhren und Pumpen und fließendem Geld.

Schülern wird empfohlen, sich bei Attac zu informieren

In dieser abstrakt makroökonomischen Welt sucht man meist vergeblich nach Portraits von erfolgreichen Unternehmern. Dabei liefert Deutschland mit seinen gewaltigen wirtschaftlichen Gründerphasen die reichhaltigste Unternehmererzählung außerhalb der Vereinigten Staaten. Sie kommt fast überhaupt nicht vor. Anhand der enorm erfolgreichen deutschen Mittelständler könnten Schüler auch lernen, wie Globalisierung funktioniert. Stattdessen lernen sie das Fürchten. Im Abschnitt „Soziale Marktwirtschaft und Globalisierung“ eines Politiktextes von Klett stehen die Überschriften „Der tägliche Kampf“, „Kapital ersetzt Arbeit“ und „Moderne Sklaverei“.

In einem Handbuch zum Thema Globalisierung des Cornelsen-Verlags stehen Kapitelüberschriften wie „Rückkehr des Mittelalters“, „Rückkehr des Manchester-Kapitalismus“ und „Brasilianisierung Europas“. Indien und China sind erfolgreich, so der Cornelsen-Text, weil sie Staatseigentum und Protektionismus praktizieren, während die ärmsten Länder Afrikas freie Marktwirtschaften haben. Schülern wird empfohlen, sich bei der Anti-G-8-Protestgruppe Attac zu informieren. Eine Quelle pro Globalisierung nennt Cornelsen nicht.

In Amerikas Schulbüchern ist der Unternehmer eher willkommen

Das alles ist weit entfernt von dem, was amerikanische Kinder lernen. Dort sind die Unternehmer, die das Land und seine Wirtschaft mit aufgebaut haben, Teil des nationalen Geschichtsnarrativs. Im Geschichtstext American Anthem erscheint zum Beispiel folgende Definition: „Der Unternehmer ist willkommen als jemand, der Risiken eingeht und sein Geld und Talent dafür einsetzt, neue Unternehmungen in Gang zu setzen.“ Die Texte erzählen eine sehr viel stärker an Personen und Beispielen orientierte Geschichte anstelle des abstrakten soziopolitischen Diskurses, der die französischen Geschichtstexte dominiert. Die Konflikte mit den Gewerkschaften und frühindustrielle Armut werden nicht ausgeblendet, sie werden nur separat behandelt und nicht den Unternehmen als solchen vorgeworfen. American Odyssey bittet die Schüler, zu diskutieren, was der Erfinder und Unternehmer Thomas Edison wohl aus seinen frühen gescheiterten Unternehmerversuchen gelernt hat - ein intellektuelles Konzept, das man in deutschen und französischen Büchern vergeblich sucht.

Darüber hinaus belegt etwa die Hälfte der amerikanischen Schüler ein Semester Wirtschaft im 12. Schuljahr, zumeist in Anlehnung an klassische Wirtschaftskunde. Der Lehrplan von Texas schreibt vor, dass Schüler die Vorteile der freien Wirtschaftsordnung sowie die Bedeutung von Unternehmern für die lokale Wirtschaft kennenlernen. Der Wirtschaftsunterricht im Staat New York wurde zusammen mit Ökonomen der Notenbank und Junior Achievement, einer Privatstiftung für die Förderung von Schülerunternehmen, gestaltet. Es ist zwar höchst unwahrscheinlich, dass junge Amerikaner in der Schule lernen, kleine Bill Gates zu werden. Allerdings werden sie nicht mit Vorurteilen und Misstrauen gegenüber Märkten und Managern konfrontiert oder konditioniert auf die vermeintlichen Gefahren und negativen Auswirkungen wirtschaftlichen Handelns wie Kinder in Frankreich und in Deutschland.

Intensität und Plumpheit

Wird hier nur eine kontinentaleuropäische Tradition gelehrt mit anderen Werten als jenseits des Atlantiks? Es ist sicherlich keine Überraschung, wenn deutsche und französische Schulbücher sozialdemokratischer und etatistischer sind. Die Überraschung ist die Intensität und Plumpheit der Marktaversion sowie in Deutschland das fast schon vormoderne Festhalten an Gruppenidentität und Kollektivinteressen. Umso verständlicher werden dadurch die Dominanz von Verteilungs- und Nullsummendenden in der öffentlichen Debatte sowie das stark unterentwickelte Verständnis für die Dynamik des Marktes.

Gegen die These, die in den Schulen gelehrt sozialdemokratische und staatsfixierte Weltanschauung passe einfach besser zu Europa, sprechen auch die Ergebnisse der Glücksforschung. Sie hat gezeigt, dass Länder mit größerer wirtschaftlicher Freiheit nicht nur geringere Arbeitslosigkeit genießen und ihre Einwanderer besser integrieren. Ihre Bürger betrachten sich auch tendenziell als glücklicher. Persönliche Einstellungen zu Wirtschaft spielen darüber hinaus eine bisher unterbelichtete Rolle bei der tatsächlichen wirtschaftlichen Leistung. Vorurteile über Wirtschaft beeinflussen Karriere- und Lebensentscheidungen, wie die legendäre Fixierung französischer Universitätsabsolventen auf den Staatsdienst. Nur rund 40 Prozent der Deutschen und Franzosen wären gerne ihr eigener Chef, verglichen mit 60 Prozent der Amerikaner.

Doppelt so viele Deutsche wie Amerikaner sagen, man solle kein Unternehmen starten, wenn das Risiko besteht, zu scheitern. Dass deutsche Kinder lernen, der Markt sei ein gefährlicher Dschungel, fördert nicht unbedingt ihren Unternehmergeist. In den Vereinigten Staaten werden mehr als die Hälfte aller Jobs in Unternehmen geschaffen, die jünger als fünf Jahre sind. Auch in Deutschland bauen die Großunternehmen, auf die sich Schulbücher wie politische Debatten fixieren, Jobs eher ab als auf.

Deutschland und Frankreich blockierten die Studie

Der Verlust an wirtschaftlicher Dynamik durch fehlenden Unternehmergeist ist nicht nur greifbar, sondern auch messbar. Einer der Vorreiter dieses Themas ist Edmund Phelps, Nobelpreisträger und Wirtschaftsprofessor an der Columbia University in New York. Er hat herausgefunden, dass Umfrageergebnisse zu den Einstellungen zu Arbeit und Wirtschaft viel direkter mit Wachstum korrelieren als das, worauf sich Ökonomen normalerweise konzentrieren, wie Steuersätze oder Einfachheit einer Firmengründung. Phelps folgert, dass Einstellungen und Mentalitäten auch als Rahmenbedingungen für die Wirtschaft zu betrachten sind. Manche bremsen wirtschaftliche Leistung, andere ermöglichen sie.

Diesen Zusammenhang wollte die OECD mit einer Art Unternehmertum-Pisa untersuchen, das neben den gewöhnlichen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen auch die Einstellungen der Bevölkerung einbezieht. Laut eines Beteiligten haben Deutschland und Frankreich die Studie blockiert, wohl weil sie fürchteten, schlecht abzuschneiden. Die dänische Regierung hat schließlich im Alleingang eine Neun-Länder-Studie ohne deutsche und französische Beteiligung finanziert. Die Forscher untersuchten 31 Faktoren und deren Korrelation zu Leistungsdaten wie Unternehmensgründungsrate und -wachstum.

Dabei erklärten kulturelle Faktoren wie die Antwort auf die Frage, ob es legitim sei, als Unternehmer reich zu werden, 40 Prozent der Leistungsvariation. Dänemark zieht aus den Resultaten die Konsequenz, einerseits das Thema Unternehmergeist stärker in die Schulen zu bringen, andererseits über eine Reform des Insolvenzrechts das Stigma des unternehmerischen

Scheiterns zu lindern. Auch Polen hat inzwischen die Grundlagen des Unternehmertums als Pflichtthema an den Oberschulen eingeführt. Andere europäische Staaten wie Norwegen und Irland ziehen nach. Wenn Deutschland und Frankreich mehr Unternehmer wollen, sollten sie vielleicht mal schauen, was ihre Kinder lernen.

Mehr Bewusstsein für Kosten und Nutzen

Es geht keineswegs darum, die Rolle des Staates dabei zu ignorieren, das Vertrauen in Funktionieren und Fairness des Markts aufrechtzuerhalten. Wenn aber Markt und insbesondere am Markt agierende Unternehmer tendenziell als unheimlich oder sogar gefährlich dargestellt werden, der Staat hingegen als abstraktes Wesen von Schutz, Allmacht und Vernunft, dann besteht das Risiko, blind zu sein für die wirtschaftlichen und moralischen Vorteile des Marktes wie auch für die Fehlbarkeit von Bürokratie und Politik.

Es geht also nicht darum, eine marktskeptische Haltung zu verdammen, sondern darum, eine ausgewogene und weniger ressentimentgeladene Betrachtung zu ermöglichen, in Abwägung von Markt und Staat, Sicherheit und Risiko, im Bewusstsein von Kosten und Nutzen der jeweiligen Position. Für oder gegen die tradierte Religion der Wirtschaftsangst könnten sich die Jugendlichen dann selbst entscheiden, wenn sie volljährig sind.

Der Autor ist European Economics Editor der amerikanischen Zeitschrift Newsweek.

Text: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 20.01.2008, Nr. 3 / Seite 36
Bildmaterial: Archiv, dpa, F.A.Z.